

FORDISTISCHER KAPITALISMUS

INHALT

- 1 EINLEITUNG
- 2 KRISEN- UND KRIEGSJAHRE (1930-1945)
 - 2.1 Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis in die 1930er Jahre
 - 2.2 Nationalstaatliche Reaktionen und der Zerfall der Weltwirtschaft
 - 2.3 Der "New Deal" in den USA
 - 2.4 Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus in Deutschland
 - 2.5 Die Sowjetunion in den 1930er Jahren: "Sozialismus in einem Land"
 - 2.6 Staat und Wirtschaft im 2. Weltkrieg
- 3 WIEDERAUFBAU, WIRTSCHAFTSWUNDER UND SYSTEMKONKURRENZ (1945-1973)
 - 3.1 Die Nachkriegszeit (1945-1950)
 - 3.2 Die "Goldenen Jahre" der westlichen Marktwirtschaften (1953-1973)
 - 3.3 Die Planwirtschaft im Einflussbereich der Sowjetunion
 - 3.4 Der Sonderfall China
 - 3.5 Periphere kapitalistische Regionen
- 4 INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSINTEGRATION
 - 4.1 Weltmarktintegration
 - 4.1.1 Das Weltwährungsregime von Bretton Woods (IWF und Weltbank)
 - 4.1.2 Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT)
 - 4.2 Der Marshall-Plan und die OEEC (OECD)
 - 4.3 Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = COMECON)
 - 4.4 Die westeuropäische Integration: EGKS - EWG - EFTA
- 5 STAAT UND WIRTSCHAFT
 - 5.1 Ausprägungen des regulierten Kapitalismus
 - 5.2 Zentrale Planwirtschaft: Das Wirtschaftssystem des "Realen Sozialismus"
- 6 GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN
 - 6.1 Die demographische Entwicklung
 - 6.2 Wanderungsbewegungen
 - 6.3 Veränderung der Berufsstruktur
 - 6.4 Die Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft
 - 6.5 Soziale Konflikte

1 EINLEITUNG

Im Folgenden wird die ökonomische Entwicklung von der großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre bis zum "Wirtschaftswunder" der 1950er und 1960er Jahre dargestellt. Dieser Zeitraum war in der westlichen Welt von der Herausbildung des "Regulierten Kapitalismus" bzw. "Fordistischen Kapitalismus" gekennzeichnet. Ansätze dazu waren in den USA bereits in der Zwischenkriegszeit zu verzeichnen. In Europa und Japan entwickelte sich diese Variante des kapitalistischen Systems erst nach 1945 und brachte in den 1960er Jahren eine historisch einmalige Ära von Vollbeschäftigung und hohem Wirtschaftswachstum hervor.

Begriffsklärung

"**Fordistischer Kapitalismus**" bezeichnet eine historischen Phase des Kapitalismus, in der die Masse der Bevölkerung erstmals in der Lage war, über die Gegenstände des existenznotwendigen

Bedarfs hinaus dauerhafte Konsumgüter zu erwerben und in den Genuß von Urlaub, einer höheren Bildung und eines Gesundheitswesens zu kommen. Angebotsseitig wurde durch technische Innovationen und neue Formen der Arbeitsorganisation (z.B. Fließband) eine Erhöhung der Produktivität erreicht (standardisierte Massenproduktion). Diese ermöglichte Preissenkungen und machte auch Produkte des gehobenen Bedarfs (Kühlschrank, Waschmaschine, Radio, Autos) für den Normalverbraucher erschwinglich. Nachfrageseitig stand dieser Massenproduktion eine erhöhte Massenkaufkraft gegenüber, die sich durch Realloohnerhöhungen ergab. Es erfolgte eine wesentliche Umorientierung der Menschen: im Gegensatz zu früheren Zeiten waren Genügsamkeit und Sparsamkeit nicht mehr erwünscht, sondern der Konsum wurde durch Bedarfsstimulierung (Werbung und Marketing) forciert (Massenkonsum).

"Regulierter Kapitalismus" betont die wichtige Rolle staatlicher Institutionen und diverser Interessenvertretungen bei der Steuerung wirtschaftlicher Entwicklungen und der Entscheidung ökonomischer Fragen. Dafür war ein weitgehender sozialer Konsens von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat grundlegend. Die beiden Begriffe werden oft synonym gebraucht, wobei "Regulierter Kapitalismus" sowohl für demokratische als auch diktatorische Systeme anwendbar ist. Für den "Fordistischen Kapitalismus" sind hingegen pluralistisch-demokratische Strukturen typisch.

Systemkonkurrenz: In diesem Zeitabschnitt standen einander weltweit im wesentlichen zwei unterschiedliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gegenüber: die kapitalistische Marktwirtschaft in verschiedenen Ausprägungen und die Planwirtschaft zunächst nur sowjetischen Typs, später auch andere Varianten des "real existierenden Sozialismus", z.B. in China.

Periodisierung

Die folgende Darstellung ist in zwei große Perioden unterteilt. Der erste Abschnitt umfasst die Jahre von 1930 bis 1945 (Kapitel 2), der zweite die Zeit von 1945 bis 1973 (Kapitel 3-6). In der ersten Periode erlebten die marktwirtschaftlichen Ökonomien die bis dahin schwerste Krise, deren negative Auswirkungen die innen- und außenpolitischen Spannungen verschärften und in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs mündeten. In der Phase von 1945 bis 1973 entwickelte sich die Weltwirtschaft unter geänderten Vorzeichen weiter. Als konkurrierende Machtblöcke etablierten sich die westliche Welt mit den USA als Führungsmacht und der sogenannte "Ostblock", der durch die Ausweitung der sowjetischen Machtsphäre entstand. Im Rahmen des "Kalten Krieges" verschärfte sich die Systemkonkurrenz zwischen "westlichen" und "östlichen" Ökonomien. Diese Rivalität schlug sich auch in Asien und Afrika nieder, wo ab der zweiten Hälfte der 1940er Jahre der Dekolonisationsprozess rasch voranschritt.

2 KRISEN- UND KRIEGSJAHRE (1930-1945)

2.1 Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis in die 1930er Jahre

Anfang der dreißiger Jahre war die Entwicklung der Weltwirtschaft durch eine beispiellose Kontraktion gekennzeichnet. Ein Aufschwung, der 1925 begonnen hatte, wurde durch die 1929 einsetzende "Weltwirtschaftskrise" abrupt abgebrochen. Auf den Börsenkrach an der New Yorker Wallstreet im Oktober 1929 folgte:

- * eine schwere Bankenkrise in den USA
- * der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems
- * ein drastischer Rückgang der Konsumnachfrage
- * ein starker Rückgang der Industrieproduktion
- * ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit
- * der Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen in sämtlichen entwickelten Ländern

* und schließlich, verstärkt durch die verfehlten wirtschaftspolitischen Reaktionen, eine starke Reduktion des Welthandels.

Die Auswirkungen der Depression machten sich am stärksten in Nordamerika, Mitteleuropa und Lateinamerika bemerkbar. Etwas weniger waren Westeuropa, Skandinavien und Asien davon betroffen. Bis zum Tiefpunkt der Krise 1932 fiel die Weltindustrieproduktion, ebenso wie die europäische Industrieproduktion, um 28%. In der Folge stieg die Arbeitslosigkeit besonders in den USA, fast ebenso in Kanada und Australien. In Europa herrschte Massenarbeitslosigkeit, vor allem im Deutschen Reich, in Österreich und in Großbritannien. Dadurch sanken die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen deutlich. Das Volumen des Welthandels ging um mehr als ein Viertel zurück, der europäische Handel schrumpfte noch mehr. Geraume Zeit überwog - auch aufgrund einer Fehleinschätzung des Ausmaßes der Krise - das Hoffen auf eine "Selbstheilung" des Systems. Die Finanzpolitik konzentrierte sich auf eine Null-Defizit-Politik im Staatshaushalt, was bei fallenden Steuereinnahmen in der Krise zwangsläufig die Reduktion staatlicher Ausgaben zur Folge hatte: also weniger staatliche Investitionen und häufig auch die Senkung von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen, was pro-zyklische (also krisenverstärkende) Wirkung hatte. Als weiter verschärfend erwies sich die häufig praktizierte restriktive Geldpolitik.

2.2 Nationalstaatliche Reaktionen und der Zerfall der Weltwirtschaft

Ab Herbst 1931 kündigte sich eine grundsätzliche Wende an: Großbritannien und Japan gingen zum Staatsinterventionismus über, 1932/33 entschieden sich auch die Regierungen im Deutschen Reich und in den USA dafür, erst 1936 folgte die französische Regierung (wobei die Krise in Frankreich später als in anderen Ländern Wirkung gezeigt hatte). Auch in mehreren kleineren Ländern wie Belgien, den Niederlanden und den skandinavischen Staaten entschloss man sich dazu, die Krise durch eine gezielte staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik zu bekämpfen. Diese konnte entweder unter den Vorzeichen eines demokratischen Rechtsstaates implementiert werden, wie in den USA, oder aber die Abschaffung der Demokratie mit sich bringen, wie in Deutschland.

Zu den Instrumentarien gehörten jeweils eine nachfragewirksame Budgetpolitik und Versuche, eine Kooperation der wirtschaftlichen Interessengruppen zu institutionalisieren. Weiters trachtete man durch eine protektionistische Außenhandelspolitik und eine nicht-kooperative Währungspolitik die Folgen der Krise auf das Ausland abzuwälzen.

Die von den meisten Regierungen nun eingesetzten Maßnahmen führten zwar vielfach zu einer Stabilisierung der jeweiligen nationalen Wirtschaft auf niedrigem Niveau, die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft waren aber mangels internationaler Kooperation sehr negativ: der ökonomische (und politische!) Nationalismus führte zur folgenschweren Desintegration der Weltwirtschaft, die die Rahmenbedingungen für die nationalstaatlichen Ökonomien verschlechterte. Folgende zwei Faktoren trugen dazu entscheidend bei:

[1] **Protektionismus:** Um den eigenen Markt von den Auswirkungen der Krise abzuschirmen und die ausländische Konkurrenz auszusperrten, wurden protektionistische Maßnahmen implementiert. Dazu gehörten zum Beispiel Schutzzölle, restriktive bilaterale Handelsabkommen und Importverbote. Entsprechende Beschränkungen übernahmen auch die Handelspartner und dies fügte allen am Welthandel beteiligten Volkswirtschaften großen Schaden zu.

[2] **Zerfall des Weltwährungssystems:** 1922 war auf im Rahmen der Finanzkonferenz in Genua die Ausrichtung der internationalen Währungspolitik auf einen Gold-Devisen-Standard festgelegt worden. Sukzessive hatten zahlreiche Länder ihre Währungen diesen Kriterien angepaßt. Aufgrund der sich in der Krise rapide verschlechternden Zahlungsbilanzen konnten nur mehr wenige Staaten die Spielregeln einhalten. Viele Regierungen versuchten, die massiven wirtschaftlichen Probleme durch strikte Devisenkontrollen und Abwertungen ihrer Währungen zu mildern, vor allem um ihre Chancen auf den Exportmärkten zu erhöhen und somit die "Arbeitslosigkeit zu exportieren". So waren 1933 bereits 35 Länder vom Goldstandard abgegangen. Es gab allerdings auch eine Gruppe von Ländern unter der Führung Frankreichs, die sich 1933 zum sogenannten "Goldblock" zusammenschlossen; sie hielten bis 1936 am Goldstandard fest und werteten nicht ab.

Das Ergebnis der unkoordinierten, nur am eigenen Interesse orientierten Währungspolitik der dreißiger Jahre war der endgültige Zerfall des multilateralen Währungssystems, das einen weitgehend reibungslosen internationalen Zahlungsverkehr ermöglicht hatte. Diese Entwicklung verschärfte die durch den handelspolitischen Protektionismus herbeigeführte schwere Krise des Welthandels weiter.

2.3 Der "New Deal" in den USA

Der New Deal war der Versuch des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die schwere Wirtschaftskrise in den USA durch eine interventionistische Wirtschaftspolitik zu beenden. Der New Deal stellte einen bedeutenden Schritt in Richtung des "regulierten Kapitalismus" in seiner fordistischen Variante dar: das Privatunternehmertum war in seinen Entscheidungen nicht mehr völlig unabhängig, sondern ordnete sich einer gewissen staatlichen Regulierung unter. Das "Krisenmanagement" durch den Staat war nur möglich, wenn man gewisse Kosten und damit ein Budget-Defizit akzeptierte, was eine Abwendung von dem bis dahin als sakrosankt geltenden Ideal des ausgeglichenen Staatshaushaltes erforderte. Präsident Roosevelt sah sich bei seinem Amtsantritt im Jänner 1933 mit folgende **Problemen** konfrontiert:

- * Geringe Investitionsbereitschaft der Unternehmer, bedingt durch den Verfall der Preise und die Verknappung der Kredite aufgrund des Zusammenbruchs tausender Banken
- * Die hohe Arbeitslosigkeit, die über 25% lag, verursachte u.a. eine zu geringe Kaufkraft der Konsumenten, die in einer Deflationsspirale den Niedergang der Wirtschaft perpetuierte.
- * Die agrarische Überproduktion, die zu Preisverfall und Verschuldung bzw. Konkurs vieler Farmer führte.
- * Der Rückgang des Außenhandels um drei Viertel seines Wertes.

Im wesentlichen umfassten die Interventionen im Rahmen des New Deal Maßnahmen für **Relief**, **Recovery** und **Reform**:

Relief: Notstandsmaßnahmen

Stärkere Kontrolle der Banken: Die Regierung wurde ermächtigt, ab sofort die Währungs- und Kreditpolitik zu kontrollieren. Die Federal Reserve Banken erhielten eine erweiterte Berechtigung zur Geldschöpfung.

Hilfe für die Landwirtschaft: Hier wurden zwei Ziele verfolgt: Verknappung des Angebotes (und damit Anhebung der Preise) durch die Subventionierung von Farmern, die ihre Anbauflächen einschränkten. Die Zwangsexekutionen wurden eingestellt und durch die Schaffung einer zentralen Gläubiger-Institution die Rückzahlung der Schulden erleichtert und verbilligt.

Hilfe für die Arbeitslosen: In mehreren Programmen versuchte die Administration, Arbeitsplätze für Millionen jobloser AmerikanerInnen zu schaffen. Besonders im Bereich des Ausbaus der Infrastruktur und in Arbeitsprogrammen, die der Umwelt zugute kamen, wurden viele bis dahin Arbeitslose beschäftigt.

Recovery: Maßnahmen, um die amerikanische Wirtschaft aus der Krise zu führen

Eine wesentliche Maßnahme, um die deflationäre Entwicklung der US-Wirtschaft zu beenden, war die Zulassung einer kontrollierten Inflation. Die vorübergehende Lösung der Währung vom Goldstandard und die folgende Reduktion der Gold-Deckung des Papiergeldes führte 1934 zu einer Abwertung des Dollars um fast die Hälfte seines ursprünglichen Wertes - ohne vorherige internationale Absprache. Diese Maßnahme sollte vor allem die Exportchancen verbessern. Die Industriepolitik des New Deal verfolgte drei Ziele:

- * Die Hebung des Lohnniveaus, um Kaufkraft zu schaffen.
- * Die Hebung der industriellen Preise durch Absprachen betreffend Produktionsmengenbeschränkungen.
- * Wettbewerbsbeschränkungen, um vom Konkurs bedrohte Unternehmen am Leben erhalten zu können.

Die zwei wichtigsten Instrumente, um diese Ziele zu erreichen, waren die Einführung von Kollektivverträgen und der "Codes of Fair Competition". Damit verpflichtete man die Unternehmer zur Einhaltung gewisser Spielregeln im Umgang miteinander und mit ihrer Belegschaft (Mindestlöhne, Preisgestaltung etc.).

Reform: Maßnahmen, die eine dauerhafte Reform des Systems bewirken sollten

Einerseits wurden die Machtverhältnisse innerhalb der Ökonomie durch eine Verstärkung des Einflusses und der Rechte der Gewerkschaften zugunsten der Arbeitnehmer verändert. Andererseits wurden die Grundlagen eines, wenn auch nicht sehr dichten, sozialen Netzes geschaffen: eine Basis-Altersversicherung und die Arbeitslosenversicherung brachten u.a. eine gewisse Risikominderung für die von der jahrelangen schweren Depression stark betroffenen "Kleinen Leute".

War der New Deal ein Erfolg? Ohne Zweifel gelang es, die Wirtschaft temporär wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit abzubauen, allerdings ohne auch nur annähernd ein Vollbeschäftigungsniveau zu erreichen. Wiederholt mußten Maßnahmen zurückgenommen werden, da sie vom Höchstgericht als verfassungswidrig beeinträchtigt wurden. 1938 kam es zu einem massiven Konjunkturreinbruch, nachdem die öffentlichen Investitionen zurückgeschraubt worden waren. Der ab 1939 einsetzende langfristige Wirtschaftsaufschwung hatte seine Ursache in der einsetzenden Rüstungskonjunktur mit Beginn des Zweiten Weltkriegs.

2.4 Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus in Deutschland

1932 erreichte die Weltwirtschaftskrise in Deutschland ihren Tiefpunkt. Die von den Regierungen bis 1932 praktizierte deflationistische Wirtschaftspolitik umfaßte Lohnkürzungen, Steuererhöhungen sowie eine Herabsetzung der Preise und der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. All dies bei hoher Arbeitslosigkeit, die deutlich über 30% lag. Mitte 1932 setzten erste staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein. Darüber hinaus sollten die Unternehmer durch die Ausgabe von Steuergutscheinen und Mehrbeschäftigungsprämien zur Ausweitung der Produktion und zu Investitionen veranlasst werden. All diese Maßnahmen brachten jedoch keine rasche Verbesserung der Lage und kamen erst Adolf Hitler und den Nationalsozialisten nach deren Machtergreifung im Jänner 1933 zugute. Die Nationalsozialisten versprachen eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Um ihre Macht zu verfestigen, mußten sie rasch Erfolge vorweisen. Ihre Wirtschaftspolitik war daher von umfassenden Staatseingriffen und Lenkungsmaßnahmen bestimmt, die keinem einheitlichen programmatischen Ansatz folgten. Folgende wirtschaftliche Ziele wurden unmittelbar angestrebt:

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

- * Ankurbelung der Bauwirtschaft: Eine ganze Reihe von arbeitsbeschaffenden Maßnahmen kam der Bauindustrie zugute, hier vor allem dem Ausbau der Infrastruktur, die auch für die Kriegsführung von Nutzen sein sollte. Der Beschäftigungseffekt wurde durch verschiedene Auflagen noch vergrößert: manuelle Arbeit wurde gegenüber dem Einsatz von Maschinen bevorzugt.
- * Ausbau der Staats- und Parteibürokratie: Schaffung eines Lenkungs- und Überwachungsapparats

* Auflagen für Unternehmer: Entlassungsstopp, Anreize zur Erhöhung der Beschäftigung durch Investitionsförderung und Steuererleichterungen

* Intensive Propaganda gegen die Berufstätigkeit der Frau (u.a. Kampagne gegen "Doppelverdiener", "Mutterkreuz")

* Ab 1935 Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eines obligatorischen Reichsarbeitsdienstes für Jugendliche: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger ideologischer Schulung.

Die Arbeitslosenquote konnte so von über 33% im Jahr 1932 auf 5.7% 1936 gesenkt werden. Finanziert wurde diese Politik vor allem durch eine beträchtliche Staatsverschuldung, wobei der Großteil der Gelder jedoch in einen zweiten Schwerpunkt nationalsozialistischer Politik floss, nämlich in die

Aufrüstung

Der Ausbau der Wehrmacht erforderte hohe Militärausgaben, die sich bis zum Kriegsausbruch ca. verzehnfachten. Ein Weg, die anfangs geheime Wiederbewaffnung zu finanzieren, war die Ausgabe von sogenannten Mefo-Wechseln, die von 1933 bis 1939 ca. ein Fünftel dieser Ausgaben deckten. Die Mefo (Metallurgische Forschungsanstalt) war eine 1933 von vier Rüstungskonzernen gegründete Scheinfirma, auf die Wechsel gezogen werden konnten. Diese wurden an die Lieferanten als Zahlungsmittel weitergegeben und von der Reichsbank rediskontiert. Es handelte sich um eine versteckte Inflationspolitik, die eine beträchtliche Vermehrung des Notenumlaufs verursachte. Die Inflation wurde aber ab November 1936 durch einen allgemeinen Preis- und Lohnstopp rückgestaut und damit verschleiert. Weiters bediente sich das Regime für die Finanzierung der Aufrüstung einer Ausweitung des Kreditvolumens. Auch die Goldreserven, Steuergelder und Überschüsse der Reichsbetriebe wurde dafür eingesetzt.

Autarkie

Die Versorgung mit industriellen Rohstoffen sollte unabhängig von ausländischen Einfuhren ermöglicht werden. Daher standen Wiederverwertung und synthetische Herstellung von wichtigen Rohstoffen im Vordergrund und damit auch Investitionen in die wissenschaftliche Forschung. Besonders gefördert wurde die Herstellung von Ersatzprodukten für Mineralöl und Gummi (Benzin aus Braunkohle und Ersatz für Gummi durch synthetischen Kautschuk). Allerdings gelang es weder bei industriellen Produkten noch bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine echte Selbstversorgung zu erzielen, daher blieben die wirtschaftlichen Verbindungen zum Ausland wichtig. Der Anteil Deutschlands am Welthandel fiel nur vorübergehend geringfügig und betrug 1939 wieder wie 1932 9,5%. Eine scharfe Devisenbewirtschaftung, also die Währungszuteilung für Außenhandelsgeschäfte, ermöglichte die staatliche Kontrolle über den Außenhandel. Diesen wickelte man vor allem mit Partnern ab, die im Falle eines Krieges als zuverlässige Lieferanten eingeschätzt wurden (Skandinavien, Südosteuropa, Naher Osten). Der Handel basierte auf der Basis bilateraler Verrechnungsabkommen, die den Deutschen meist Vorteile brachten.

Umstrukturierung der Landwirtschaft

Der gesamte landwirtschaftliche Sektor wurde umfassend reorganisiert und rationalisiert. Produktion, Lagerung, Transport, Groß- und Einzelhandel wurden der Kontrolle des Staates unterstellt, um stabile Nahrungsmittelpreise und Agrarlöhne zu gewährleisten. Durch die Erbhofgesetzgebung, die eine Veräußerung und Zersplitterung des bäuerlichen Besitzes verbot, wurde versucht, die Landflucht zu stoppen und die schon im Hinblick auf den Krieg angestrebte Agrarautarkie zu festigen. Der Selbstversorgungsgrad erreichte bis zum Kriegsausbruch bei den wichtigsten Nahrungsmitteln hohe Werte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die deutsche Wirtschaft zu den von ihr erbrachten Leistungen vor 1939 und im Zweiten Weltkrieg niemals imstande gewesen wäre, hätte sie nicht in menschenverachtender Weise Privatvermögen und Arbeitskräfte systematisch ausgebeutet. Der Preis für die anfänglichen wirtschaftlichen Erfolge bestand im Verlust persönlicher Freiheit (z.B. keine freie Arbeitsplatzwahl), in der totalen Überwachung und im Terror gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen. Die Entrechtung und Ausbeutung der eigenen Bevölkerung eskalierte in der brutalen antisemitischen Politik des Regimes, die zur Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben, den "Arisierungen" (schon 1938 waren rund zwei Drittel der jüdischen Unternehmungen enteignet), und schließlich zur Ermordung von Millionen von Menschen in den Vernichtungslagern führte. Die Schuldenpolitik für die Aufrüstung kalkulierte von vornherein die Ausbeutung eines durch einen Aggressionskrieg zu erobernden Großraumes ein. Die Expansion des Deutschen Reiches ermöglichte tatsächlich den Zugriff auf die Ressourcen der okkupierten Gebiete. In den während des Krieges eroberten Territorien errichtete man ein System der Ausplünderung und Zwangsarbeit.

2.5 Die Sowjetunion in den 1930er Jahren: "Sozialismus in einem Land"

Die Sowjetunion schlug in der Zwischenkriegszeit einen grundsätzlich anderen wirtschaftspolitischen Kurs ein als die kapitalistische Welt. International blieb sie bis zum Kriegsausbruch bewusst weitgehend isoliert. Von den Auswirkungen der großen Depression war sie daher kaum betroffen. Im Gegenteil, aus sowjetischer Sicht waren die dreißiger Jahre eine Zeit triumphaler Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet. Unter großen menschlichen Opfern modernisierte das stalinistische Regime die Wirtschaft.

Strukturwandel: Die Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat wurde rigoros vorangetrieben. Die industrielle Produktion vervierfachte sich zwischen 1928 und 1937 nach sowjetischen Angaben, westliche Schätzungen nehmen immerhin noch fast eine Verdreifung an. Diese beeindruckende wirtschaftliche Umgestaltung der UdSSR wurde unter der brutalen Diktatur der KPdSU vollzogen. Drei wesentliche Entwicklungsstränge sind dabei hervorstreichend:

Zwangskollektivierung der Landwirtschaft: Stalin setzte, in einer Kehrtwendung zur bisherigen Agrarpolitik, auf die Gründung landwirtschaftlicher Kollektive. Diese sollten die urbane Arbeiterbevölkerung billig versorgen. 1929 bis 1932 kam der Prozeß der Zwangskollektivierung in Gang: das Privateigentum im landwirtschaftlichen Bereich wurde abgeschafft und große landwirtschaftliche Produktionseinheiten, in Form von Kolchosen (= Genossenschaften) und Sowchosen (= Staatsgüter), gegründet. Dies wurde gegen den Widerstand der Mittelbauernklasse, der "Kulaken", durchgesetzt, die mit beispielloser Grausamkeit in die Knie gezwungen und zu Hunderttausenden ausgehungert, umgesiedelt, zu Zwangsarbeit verurteilt und sogar getötet wurden.

Verstaatlichung der Industriebetriebe und forcierte Industrialisierung: Parallel zur fast völligen Ausschaltung des Privateigentums im Agrarsektor wurden auch das Privatgewerbe und die Privatindustrie in der Sowjetunion unter Stalin endgültig eliminiert. Hauptakzent der Industrialisierung lag auf der Schwerindustrie und der Energieerzeugung. Der Aufbau einer effizienten Konsumgüterproduktion, den man der Bevölkerung immer wieder versprach, konnte nicht in Angriff genommen werden.

Die Fünfjahrespläne: Eine staatliche Planungskommission (GOSPLAN) gab es schon seit 1921. 1927 wurde nun zugleich mit der forcierten Kollektivierung des Agrarsektors der erste Fünfjahresplan beschlossen. Um die durch den Plan festgelegten Ziele zu erreichen, wurde die individuelle Arbeitszeit deutlich erhöht. Für noch darüber hinausgehende Leistungen wurden finanzielle und psychologische Anreize geschaffen: "Helden der Arbeit" wie Alexej Stachanow wurden in den sowjetischen Medien überschwänglich gefeiert. Die von der sowjetischen Bürokratie veröffentlichten Wachstumsraten waren zwar häufig stark übertrieben, dennoch steht außer Frage, dass die UdSSR unter den Bedingungen der Planökonomie ein beachtliches Industriepotential aufgebaut hat.

2.6 Staat und Wirtschaft im 2. Weltkrieg

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trachteten die involvierten Staaten, die Leistungen ihrer Wirtschaften den Kriegsbedürfnissen anzupassen. Eine weitere Ausdehnung des **Staatsinterventionismus** war die Folge. Für die Ausrichtung der Wirtschaft auf kriegswichtige Produktion wurden in allen kriegsführenden Staaten umfangreiche **Lenkungs- und Kontrollapparate** eingerichtet. Diese setzten eine Umstrukturierung der Wirtschaft in Gang, wobei besonders die kriegswichtige Produktion forciert und die Konsumgütererzeugung stark eingeschränkt wurde. Trotz unterschiedlicher politischer Systeme wurden in wirtschaftlicher Hinsicht überall ähnliche Maßnahmen nötig. Wie schon im Ersten Weltkrieg basierte die Kriegswirtschaft auf einer Kooperation von staatlichen Planungsorganen und privaten Unternehmen.

Durch die Erfordernisse des Krieges stiegen die jährlichen Staatsausgaben in einem ungeheuren Ausmaß an. Methoden zur **Finanzierung** waren zum Beispiel der Verkauf von staatseigenen Vermögenswerten und Steuererhöhungen (insbesondere in Großbritannien und den USA), inflationäre Finanzierung durch die Erhöhung der Geldmenge (im Deutschen Reich, durch komplizierte, mehr oder weniger fiktive Deckungsvorschriften verschleiert), die Erhöhung der öffentlichen Verschuldung (Anleihen bei der eigenen Bevölkerung) und die finanzielle Ausbeutung okkupierter und abhängiger Gebiete (von Deutschland und Japan praktiziert).

Überdies versuchten die kriegsführenden Staaten die gegnerische Seite durch die strategische **Zerstörung** von kriegswichtigen Produktionsstätten und Infrastrukturen sowie die Unterbindung vom Nachschub aus Drittländern zu schädigen.

Allerdings wurden gegen diese Versuche, die feindliche Wirtschaft entscheidend zu schwächen, sehr wirkungsvolle Gegenstrategien entwickelt: Großbritannien war in der Lage, auf die Ressourcen der Commonwealth-Staaten zurückzugreifen. Im Jahr 1941 erklärten sich die USA im "**Lend-Lease**"-**Abkommen** bereit, ihren Verbündeten Rüstungslieferungen in großem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, ohne auf deren Bezahlung rechnen zu können. Großbritannien und die Sowjetunion waren die Hauptnutznießer dieses Abkommens.

Das nationalsozialistische Regime setzte auf die bereits erwähnte **Großraumwirtschaft**. Nach der Annexion Österreichs und der Zerschlagung der Tschechoslowakei eroberte das Deutsche Reich in der "Blitzkrieg-Phase" bis Mitte 1942 große Teile Europas. Die südosteuropäischen Vasallenstaaten lieferten schon geraume Zeit vor allem Nahrungsmittel und Rohstoffe (Erdöl). Die Lieferung von kriegswichtigen Gütern und Rohstoffen wurde erzwungen, wobei die Bezahlung mit manipulierten Wechselkursen und über das Clearing-System im Rahmen von bilateralen Handelsabkommen vorgenommen wurde. Von den besetzten Ländern wurden horrend Besatzungskosten eingefordert und millionenfach die Arbeitskraft der Bevölkerung in Form von Zwangsarbeit mißbraucht. Somit konnte Deutschland auf die Ressourcen von fast ganz Europa ungehindert zugreifen.

Auch Japan beutete die unterworfenen Gebiete aus. Schon vor dem Krieg hatte es die chinesische Provinz Mandschurei erobert, die Gründung des Marionettenstaates Mandschukuo (1932) erzwungen und in der Folge beachtliche Teile Chinas besetzt. Das extrem rohstoffarme Land nützte während des Krieges die deutschen Siege in Europa und die daraus resultierende Schwäche der Kolonialmächte, um deren überseeische Besitzungen zu erobern und sie wirtschaftlich und politisch in eine von Japan dominierte sogenannte "Großasiatische Wohlstandssphäre" einzugliedern. Diese wirtschaftlich meist sehr rückständigen Gebiete fungierten hauptsächlich als Lieferanten von Rohstoffen (Kohle, Öl, Eisenerz, diverse Metalle) und Nahrungsmitteln. Der durch militärische Niederlagen erzwungene Rückzug aus vielen dieser besetzten Gebiete bedeutete für die japanische Wirtschaft praktisch den Ruin.

3 WIEDERAUFBAU, WIRTSCHAFTSWUNDER UND SYSTEMKONKURRENZ (1945-1973)

Nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und dem Zweiten Weltkrieg setzte 1945 eine Aufschwungphase ein, die in das "Goldene Zeitalter" der 1950er und 1960er Jahre führte. In den folgenden Kapiteln werden zuerst einige allgemeine Entwicklungstendenzen der Zeit des Wiederaufbaus und der "Goldenen Jahre" präsentiert. Darauf folgt eine Darstellung der entscheidenden Weichenstellungen für die Weltwirtschaft, die ab den 1940er Jahren vorgenommen wurden und die teilweise die globale Ökonomie bis heute prägen. Danach wird die neue Balance im Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Rahmen des Regulierten Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg erläutert und schließlich auf elementare gesellschaftliche Entwicklungen in diesen Jahrzehnten eingegangen.

3.1 Die Nachkriegszeit (1945-1950)

Die Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg war gekennzeichnet durch die Polarisierung in zwei politische Lager unter Führung der **USA** einerseits und der **Sowjetunion** andererseits. Diese mündete in den jahrzehntelang andauernden "Kalten Krieg". Die bis dahin nur in Ansätzen deutlich gewordene Konkurrenz zwischen den beiden großen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft, wurde nunmehr global wirksam: große Teile Osteuropas wurden in den Einflussbereich der UdSSR integriert und einem Systemwechsel zur Planwirtschaft unterzogen. Auch außerhalb Europas versuchte die Sowjetunion in der Folge, ihren Einflussbereich zu erweitern.

In **Europa** schienen die Voraussetzungen nicht sehr vielversprechend für einen Neubeginn: Große Zerstörungen und eine katastrophale Ernährungslage kennzeichneten die Situation. Viele Flüchtlinge suchten eine neue Heimat. Ein wesentliches Problem war auch der Mangel an Geld und Devisen (Dollar), die dringend gebraucht wurden, um den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der Kriegs- in Friedenswirtschaften in Angriff nehmen zu können.

In **Asien** war die Entwicklung durch den Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft und die Auflösung des britischen, französischen und holländischen Kolonialreiches gekennzeichnet. Der chinesische Bürgerkrieg führte in einem großen Teil dieses bevölkerungsreichen Landes ebenfalls zu einer Umstellung auf das planwirtschaftliche System.

Es stellte sich nun die Aufgabe, unter diesen Voraussetzungen eine weltwirtschaftliche Ordnung zu schaffen, die Krisen wie in den 30er Jahren verhindern sollte. Die grundlegenden Weichenstellungen im "westlichen" Bereich wurden von der wirtschaftlichen und politischen Führungsmacht, den USA, angeregt und durchgesetzt.

3.2 Die "Goldenen Jahre" der westlichen Marktwirtschaften (1953-1973)

Trotz der schwierigen Ausgangsbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg, der wesentlich schwerere Zerstörungen als der Erste Weltkrieg verursacht hatte, gelang ein rascher Wiederaufbau. Dank eines hohen Wirtschaftswachstums konnte in vielen Ländern in den 1950er Jahren die Wirtschaftsleistung der späten 1930er Jahre bereits übertroffen werden. Die Prosperitätsphase in den westlichen Marktwirtschaften von 1953 bis 1973 war generell von folgenden Charakteristika der wirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet:

- * Strukturveränderungen
- * Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung
- * Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität
- * Steigender Einfluss multinationaler Konzerne

- * Expansion des Welthandels
- * Entstehung der Konsumgesellschaft

Strukturveränderungen

In fast allen Ländern ging der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors an den gesamten Beschäftigten signifikant zurück. Im industriellen Sektor war - je nach Reifegrad der Ökonomie - eine unterschiedliche Entwicklung festzustellen: in jenen Ländern, die einen raschen Aufholprozeß vollzogen, war ein Beschäftigtenzuwachs zu verzeichnen. Demgegenüber wiesen Großbritannien und die USA bereits einen relativen Rückgang der Beschäftigten auf. In allen wichtigen Ökonomien war aber ein merkliches Wachstum des Dienstleistungssektors zu beobachten, in dem bereits 1973 fast die Hälfte oder auch deutlich mehr aller Beschäftigten arbeiteten.

Beschäftigung nach Sektoren [in %]

	Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1950	1973	1950	1973	1950	1973
16 westl. Staaten (Ø)	24.7	9.3	36.6	37.6	38.7	53.4
BRD	22.2	7.1	43.0	46.6	34.8	46.3
Großbritannien	5.1	2.9	46.5	29.8	48.4	67.8
USA	13.0	4.1	33.3	32.3	53.7	63.6
Japan	48.3	13.4	22.6	37.2	29.1	49.4

Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerungen

In der Periode zwischen 1950 und 1973 wuchs die Weltwirtschaft schneller als jemals zuvor und bis dato danach: das Welt-BIP pro Kopf wuchs im Durchschnitt um 2,9% pro Jahr, was einer Verdopplung alle 25 Jahre entspricht. Wirtschaftliches **Wachstum** war in allen Teilen der Welt zu beobachten und führte in einem gewissen Ausmaß zu Konvergenz. Allerdings war es am ausgeprägtesten in Europa und Asien: hier vollzog sich in diesem Zeitabschnitt ein rasanter Aufholprozess gegenüber der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch weit überlegenen Wirtschaft der USA. Dabei erreichten gerade die Verlierer des Weltkrieges, die Bundesrepublik Deutschland (6%) und Japan (über 9%) die höchsten jährlichen Wachstumsraten. Während diesem mehr als 20 Jahre dauernden hohen Wachstum gab es - mit ganz wenigen Ausnahmen - keine Depressionen und nur milde Rezessionen (d.h. geringeres Wachstum), und zwar in den Jahren 52, 56-58, 63 und 67.

Nachdem die **Produktivität** in den westeuropäischen Ländern 1950 nur bei der Hälfte der amerikanischen gelegen war, wuchs sie bis 1973 schneller als jene der USA. Noch rascher erhöhte sich allerdings die Produktivität in Japan.

Jährliche Wachstumsrate der Produktivität [in %]

	1950-1973	1973-1992
12 westeuro. Staaten (Ø)	4.7	2.3
Deutschland	6.0	2.7
Großbritannien	3.1	2.2
USA	2.7	1.1
Japan	7.7	3.1

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die einzelnen Sektoren unterschiedliche Produktivitätssteigerungen aufwiesen: die besonders raschen technischen Verbesserungen im landwirtschaftlichen Sektor erhöhten die Produktivität nach 1950 sprunghaft und ermöglichten die Abwanderung von Arbeitskräften aus diesem Bereich. Der Dienstleistungssektor, dessen Rationalisierungspotential in diesen Jahrzehnten noch relativ gering war, wies dementsprechend die geringsten Steigerungsraten hinsichtlich Produktivität auf.

Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität

Auch in bezug auf die **Beschäftigung** kann man diesen Zeitraum über weite Strecken als "Goldenes Zeitalter" ansehen: nachdem in einigen europäischen Ländern Anfang der fünfziger Jahre noch gewisse Probleme zu verzeichnen waren, stieg das Beschäftigungsniveau danach fast überall stetig an. Die durchschnittliche Arbeitslosen-Rate lag so niedrig, daß man in vielen Ländern in den sechziger Jahren von Vollbeschäftigung sprechen konnte. Diese war, nach den bitteren Erfahrungen der dreißiger Jahre, von zahlreichen Regierungen als Priorität festgelegt worden. In einigen Ökonomien überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot bereits, sodaß man - je nach konjunktureller Situation - sogenannte "Gastarbeiter" aus rückständigeren Regionen ins Land rief.

Trotz der hohen Nachfrage gelang es über viele Jahre, inflationäre Tendenzen weitgehend im Zaum zu halten. Dabei spielte auch das anfänglich gute Funktionieren des Bretton-Woods-Systems und die **geringe Preissteigerung** in den USA eine Rolle. Erst am Beginn der siebziger Jahre begannen die Preise weltweit stärker zu steigen, wobei die Inflationsrate in den USA (deutlich beschleunigt durch die Ausgaben für den Vietnam-Krieg) und in manchen europäischen Ländern schon vor dem Inflationsschub 1973 ("Erdölchock") bei 5 bzw. 6.5% jährlich lag.

Steigender Einfluß multinationaler Konzerne

Große amerikanische Unternehmen, die schon in der Zwischenkriegszeit europäische Firmen übernommen (wie z.B. General Motors die deutsche Firma Opel) oder Tochtergesellschaften in Europa gegründet hatten, begannen ab dem Ende der fünfziger Jahre erneut stark in Europa zu investieren. Dies führte häufig zur Errichtung von Produktionsstätten in Regionen, die ein wesentlich niedrigeres Lohnniveau als die USA aufwiesen. 1970 waren 75% der amerikanischen Auslandsinvestitionen solche Direktinvestitionen, wobei davon 41% allein nach Europa gingen. Im weiteren Verlauf des wirtschaftlichen Aufholprozesses verfolgten auch große europäische und japanische Unternehmen ähnliche Strategien, was bereits um die Mitte der siebziger Jahre zu einer starken Verflechtung der Weltwirtschaft durch gegenseitige Direktinvestitionen führte.

Expansion des Welthandels

Nach dem dramatischen Rückschlag, der in den internationalen Handelsbeziehungen in den Jahren 1914 bis 1945 durch die beiden Kriege und die Weltwirtschaftskrise eingetreten war, erlebte der Welthandel in dieser Phase eine beispiellose Expansion. Die jährlichen Steigerungsraten des Weltexportvolumens lagen bis 1973 bei 7%, in West- und Südeuropa, sowie Teilen von Asien wuchs der Außenhandel jährlich sogar um 8% und mehr. Das bedeutete, dass der internationale Handel sogar schneller wuchs als die ebenfalls rasch ansteigende Produktion.

Entstehung der Konsumgesellschaft

In den Vereinigten Staaten waren bereits ab den zwanziger Jahren beträchtliche Teile der Bevölkerung in der Lage gewesen, dauerhafte Konsumgüter zu erwerben. Das setzte voraus, daß der Teil ihres Einkommens, der für lebensnotwendige Ausgaben wie Ernährung und Wohnung

aufgewendet werden mußte, relativ zu ihrem Gesamteinkommen zurückging. In den fünfziger Jahren begann sich nun auch in Nord- und Westeuropa, mit einiger Verzögerung auch in Südeuropa, sowie in Japan die wirtschaftliche Situation so positiv zu entwickeln, daß große Märkte für Konsumgüter entstanden, die nun für einen Großteil der Bevölkerung erschwinglich wurden.

Antriebsfaktoren der wirtschaftlichen Expansion während der Prosperitätsphase bis 1973:

- * **Nachholbedarf** vor allem in Europa und Asien nach den langen Krisen- und Kriegsjahren
- * Hohe **Kapitalinvestitionen**, teilweise mit amerikanischer Unterstützung, in Maschinen, Transportmittel und Infrastruktur
- * Verstärkter Einsatz von **Arbeitskräften**: einerseits durch die Erhöhung der Frauenarbeitsquote andererseits durch die zunehmende Arbeitsmigration, also den Einsatz von "Gastarbeitern" vor allem in West- und Mitteleuropa. In den USA, Kanada und Australien gewann die Einwanderung, die in der Zwischenkriegszeit bewusst gebremst worden war, wieder an Dynamik. In Japan spielte Zuwanderung keine Rolle, mit Ausnahme der Repatriierung von 5 Millionen Japanern aus den ehemaligen Kolonien auf dem Festland gleich nach Kriegsende
- * Zunehmend bessere **Ausbildung**, die besonders in Japan und Westeuropa für die Erhöhung der Produktivität eine wesentliche Rolle spielte
- * **Technologischer Fortschritt**: auch in der Zwischenkriegszeit hatte es viele technologische Weiterentwicklungen gegeben, die wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation aber nur zu einem geringen Teil im Produktionsprozeß praktisch genutzt worden waren. Sie konnten nun gemeinsam mit einigen Entwicklungen, die auf die Kriegswirtschaft zurückgingen, eingesetzt werden. Auch die rasche Technologie-Diffusion, speziell von den USA nach Europa und Japan, steigerte die Produktivität
- * Für die Industriestaaten günstige **Terms of Trade** bedeuteten relativ billige Rohstoffe und Energie. Bis zur "Ölkrise" von 1973 lagen vor allem die Energiepreise auf sehr niedrigem Niveau
- * Die **Wirtschaftspolitik** vieler Staaten, die primär abzielte auf Vollbeschäftigung und Massennachfrage, auf Basis steigender Einkommen, verstärkt durch Umverteilung und Transferzahlungen (Keynesianismus)
- * Unter US-Führung zunehmende Vernetzung durch **Kooperations-Institutionen** auf europäischer und internationaler Ebene: ein stabiles Weltfinanzsystem plus internationale Liquidität durch das Bretton-Woods-System und den Marshall Plan, steigende Import-/Exportquoten durch das GATT und die Europäische Integration. Der Zusammenhalt und die gemeinsamen Interessen des kapitalistischen Lagers wurden durch den Kalten Krieg zusätzlich verstärkt.

3.3 Die Planwirtschaft im Einflußbereich der Sowjetunion

Im Zuge der in den frühen fünfziger Jahren erfolgenden **Transformation** der osteuropäischen Länder wurde die selbe Strategie verfolgt wie sie in der Zwischenkriegszeit die UdSSR angewandt hatte: Kollektivierung der Landwirtschaft und besondere Förderung der Schwerindustrie, was für die Bevölkerung erneut Konsumverzicht bedeutete. In den folgenden Jahren kam es wiederholt zu Umstrukturierungen innerhalb der Planwirtschaften: Konsum- oder Investitionsgüterindustrien wurden abwechselnd besonders gefördert, und die Fünfjahres-Pläne mehr oder weniger zentral oder dezentral erstellt. Ein besonderer Schwachpunkt war die Landwirtschaft, in der wegen der geringen Investitionen die Produktivität relativ niedrig blieb.

Insgesamt verzeichneten die Planwirtschaften Osteuropas in den fünfziger und sechziger Jahren **Wachstumsraten**, die sich durchaus mit jenen der OECD-Länder messen konnten. Das reale Sozialprodukt stieg zwischen 1950 und 1970 um durchschnittlich 4,3 %. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass dieses Wachstum von einem sehr niedrigem Niveau ausging. Die Kosten dafür lagen höher als im westlichen Konkurrenzsystem, da die Ressourcen-Allokation weniger

effizient und die Belastungen durch den militärischen Sektor sehr hoch waren, sodass der Konsumgüter-Sektor weniger rasch wuchs.

Ab Mitte der siebziger Jahren zeichnete sich ein immer deutlicheres **Zurückfallen** hinter die Effizienz der Marktwirtschaften ab. Folgende Hauptgründe sind zu nennen:

- * Die geringen Leistungsanreize führten zu einer niedrigen Produktivität
- * Der Mangel an Konkurrenz und die verordnete Preisstruktur schlugen sich in einer schlechten Qualität der Produkte und wachsender technologischer Rückständigkeit nieder
- * Die Schwerfälligkeit des Planungsapparates führte zu Versorgungsengpässen
- * Der Rüstungswettlauf belastete die Wirtschaft übermäßig (die UdSSR investierte in den 1970er Jahren in Relation zum BIP dreimal soviel wie die USA)
- * Das weitgehende Fehlen ausländischer Investitionen und die geringe Außenhandelsverflechtung mit Ländern außerhalb des Ostblocks wirkte sich negativ aus. Der Außenhandel war für die Ostblockstaaten weniger bedeutend als für westliche Länder: Ihr Anteil am Welthandel betrug 1952 8-9%, stieg bis 1960 auf ca. 11%, um dann eine sinkende Tendenz aufzuweisen.

Wachstumsraten des BNP osteuropäischer Staaten 1950-1973 [in %]

	Wachstum BNP	Wachstum BNP/Kopf
7 osteuro. Staaten (Ø)	5.0	4.0
Bulgarien	6.0	5.2
Tschechoslowakei	3.8	3.1
Ungarn	4.1	3.6
Polen	4.8	3.4
Rumänien	5.9	4.8
Jugoslawien	5.6	4.4
UdSSR	4.8	3.4

3.4 Der Sonderfall China

Nach der Ausrufung der Volksrepublik 1949 durch Mao Zedong erfolgte in mehreren Schritten die Umstellung auf ein kommunistisch-planwirtschaftliches System: Industrie, Handel und Banken wurden verstaatlicht, die Landwirtschaft und der restliche Dienstleistungssektor kollektiviert. Bis in die späten 70er Jahre war praktisch die ganze Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle. Durch massive Steigerung des Einsatzes an Kapital (auch Humankapital) wurde ein Wachstumsprozeß herbeigeführt. Allerdings wurde dieser durch innenpolitische Katastrophen wie die Hungersnot anlässlich des "Großen Sprunges nach vorne" und die "Kulturrevolution", sowie ein Handelsembargo von Seiten der USA und der UdSSR beeinträchtigt. Erst ab ca. 1978 führte eine schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft zu einer deutlichen Steigerung der Wachstumsraten.

3.5 Periphere kapitalistische Regionen

Ab 1945 erfolgte schrittweise die **Entlassung zahlreicher Kolonien** in die Selbständigkeit. Dieser Prozess erstreckt sich bis in die Gegenwart, führte aber besonders von den späten vierziger bis in die siebziger Jahre zur Entstehung zahlreicher neuer souveräner Staaten, die sich in der Folge in

unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit in die Weltwirtschaft integrieren konnten.

Integration asiatischer Staaten in die kapitalistische Weltwirtschaft

Hier zeichneten sich besonders die "Musterschüler" in Asien aus, die sich als erfolgreiche "Newly Industrializing Countries" entwickelten: So produzieren heute 15 asiatische Länder, fast alle ehemalige Kolonien, die die Hälfte der Weltbevölkerung umfassen, ein Viertel des Welt-BIP. Sie begannen im "Goldenen Zeitalter" ihren von steigender Dynamik gekennzeichneten Wachstumsprozess.

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Pro-Kopf-BNP [in %]

	1950-1973	1973-1990
15 asiatische Staaten (Ø)	2.5	3.9
Hong Kong	5.2	5.4
Malaysia	2.2	2.4
Singapur	4.4	5.3
Südkorea	5.8	6.8
Taiwan	6.7	5.3
Thailand	3.7	5.5

Die besonders erfolgreichen, sogenannten "Tiger-Staaten" verfolgten dabei eine Strategie, die am ehesten als "policy-mix" zu bezeichnen ist:

- * hohe Investitionen (auch aus dem Ausland, wobei man die strategische Bedeutung dieser Region für die USA nicht außer Acht lassen darf, wie z.B. im Falle Südkoreas und Taiwans)
- * bereits vorhandene gute gesellschaftliche Voraussetzungen, wie relativ hohe Bildungsstandards und Arbeitsmotivation
- * starke Orientierung auf Exportmärkte die in manchen Fällen auch aus der geographischen Lage (z.B. Hongkong) resultierte
- * Staatliche Wirtschaftspolitik (u.a. bildungspolitische Maßnahmen, oder auch "Erziehungszölle"), häufig von nicht-demokratischen Regierungen zielstrebig umgesetzt (z.B. in Südkorea und Singapore), vor allem in der Anfangsphase.

Die Ölstaaten

Eine eigene Gruppe stellen jene Staaten (vor allem im Nahen Osten) dar, denen die Nutzung großer Erdöllager auf ihrem Territorium zu hohen Einkünften verhalf. Wie diese die Wirtschaft der einzelnen Länder veränderten und in welchem Ausmaß dies zu einer Erhöhung des Wohlstands der Bevölkerung führte, war je nach politischem System unterschiedlich. Der Zusammenschluß mehrerer dieser erdölexportierenden Staaten zum OPEC-Kartell im Jahre 1960 führte dazu, dass sie ihre Interessen schlagkräftiger vertreten konnten. Welche Bedeutung die Höhe des Ölpreises und damit die OPEC für die Entwicklung der Weltwirtschaft hatte wurde besonders im Herbst 1973 klar, als die OPEC die Erdölpreise - u.a. als Antwort auf die zu diesem Zeitpunkt rasch ansteigende Inflation und die Dollarkrise - drastisch erhöhte. Die dadurch mitverursachte Rezession kündigte das Ende des "Goldenen Zeitalters" an.

Rückständige Regionen ("Least Developed Countries")

In manchen sogenannten "Least Developed Countries" blieb das Pro-Kopf-Einkommen so gering, dass auch heute noch das physische Überleben der Bevölkerung ohne fremde Hilfe nicht gesichert ist. Dies betrifft vor allem Afrika, das 1950 noch ein etwas höheres durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen als Asien aufwies, dann aber den allgemeinen Wachstumstrend nicht mitmachen konnte. Folgende Ursachen werden dafür verantwortlich gemacht:

- * relativ späte Dekolonisation vieler Länder
- * mangelhafte Ausstattung im Bildungssektor, Gesundheitswesen und in der Infrastruktur
- * anhaltend hohes Bevölkerungswachstum
- * große innenpolitische Probleme in den neuen Staaten, die zu mehr oder weniger diktatorischen Einparteien-Regierungen mit weitverbreiteter Korruption, und häufig zu ethnischen Konflikten bis hin zu Bürgerkriegen führten.

Afrikas Position in der Weltwirtschaft verschlechterte sich im Laufe der betrachteten Periode trotz eines leichten Anstiegs des Pro-Kopf-Einkommens, obwohl durch die Rivalität der Großmächte im Rahmen des Kalten Krieges relativ hohe Beträge an Wirtschaftshilfe (aber leider auch an militärischer Hilfe) in diverse afrikanische Staaten flossen.

Anteil Afrikas am Welt-BNP und Welt-Export [in %]

Anteil am Welt-BNP		Anteil am Welt-Export	
1950	1973	1950	1973
3.6	3.3	10.0	5.8

4 INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSINTEGRATION

Die im vorigen Abschnitt dargestellten Wachstumserfolge sind im Kontext der besonderen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach 1945 zu sehen. Bereits während des Zweiten Weltkriegs begannen die Vorarbeiten für eine friedliche Nachkriegsordnung. 1944/45 entstand die globale Organisation der Vereinten Nationen (UNO). Diese sollte Institutionen für eine friedliche Entwicklung der Weltpolitik und Weltwirtschaft umfassen. Angesichts des beginnenden Kalten Krieges konnte sie aber nicht in der ursprünglich intendierten Form realisiert werden. Die weltwirtschaftlichen Abkommen im Rahmen von Sonderorganisationen der UNO erwiesen sich als zentrale Weichenstellung für die ökonomische Entwicklung der folgenden Jahrzehnte. Ihnen traten zumeist nur die westlichen Staaten bei. Dies galt für die in Bretton Woods (USA) vereinbarte neue Weltwährungsordnung, die mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF/IMF) institutionell verankert wurde und für die ebenfalls neu gegründete Weltbank. Auch das 1947 vereinbarte GATT-Welthandelsabkommen blieb vorerst ein Projekt der westlichen Industriestaaten. Um einen raschen Wiedereinstieg der europäischen Staaten in die Weltwirtschaft zu gewährleisten, entschlossen sich die Vereinigten Staaten 1947 zu einer großzügig angelegten Wiederaufbauhilfe, dem "Marshallplan". Auf europäischer Ebene wurde mit der Schaffung der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) eine Organisation der wirtschaftlichen Kooperation gegründet, die das European Recovery Program (Marshall-Plan) koordinierte. Die kommunistische Hemisphäre reagierte darauf mit dem Aufbau einer eigenen Institution, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = COMECON 1949). Ab den fünfziger Jahren gelang es mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (= Montanunion 1952), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG 1958) und der Europäischen Freihandelszone (EFTA 1960), die

wirtschaftliche Integration Westeuropas voranzutreiben.

4.1 Weltmarktintegration

4.1.1 Das Weltwährungsregime von Bretton Woods (IWF und Weltbank)

Vor dem Erfahrungshintergrund der Währungskrise in den 1930er Jahren schlossen 1944 in Bretton Woods 44 Länder ein Abkommen mit dem Ziel, den internationalen Zahlungsverkehr in Hinkunft zu stabilisieren und ein neues Weltwährungssystem aufzubauen. Das Abkommen wurde vorerst nur von 35 (westlichen) Staaten ratifiziert. Die neue Weltwährungsordnung basierte auf:

- * dem Gold-Dollar-Standard (Leitwährung = Dollar, jederzeit zu einem fixen Preis in Gold einlösbar)
- * fixen Wechselkursen mit geringfügigen Schwankungsbreiten (+/- 1%)
- * einer freien Konvertibilität (Umtausch von Währungsguthaben in andere Währungen) Diese wurde jedoch erst Ende der 1950er Jahre erreicht.

Der **Internationale Währungsfonds (IWF/IMF)** übernahm die Aufgabe, Länder mit vorübergehenden Zahlungsbilanzproblemen durch kurzfristige Kredite zu unterstützen und bei fundamentalen Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz eine Wechselkursanpassung zu veranlassen. Die erforderlichen Mittel für die Kreditvergabe wurden in erster Linie im Rahmen von Quoten, die annähernd die relative Größe der Volkswirtschaft widerspiegeln, von den Mitgliedsländern bereitgestellt. Über die Quote eines Mitgliedslandes wurde auch sein Stimmrecht in den Gremien des Fonds sowie seine Kreditaufnahmemöglichkeiten festgelegt. 1945 zahlten die 35 Gründungsmitglieder 7,6 Milliarden Dollar in den Fonds ein. 1997, die Mitgliederanzahl war inzwischen auf 181 angewachsen, verfügte der IWF bereits über 200 Milliarden Dollar an Beiträgen, wobei die größte Quote mit rund 18% auf die Vereinigten Staaten entfiel.

In den ersten fünfzehn Jahren der Tätigkeit des IWF gelang es im wesentlichen, die angestrebten Ziele zu erreichen. 1958 gingen die meisten europäischen Länder zur Konvertibilität ihrer Währungen über. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre geriet das System fester Wechselkurse allerdings in große Turbulenzen. Es zeigte sich, dass vor allem die Liberalisierung der globalen Finanztransaktionen mit der Beibehaltung eines Systems fester Wechselkursrelationen schwer vereinbar war. Im wesentlichen waren zwei Ursachen für die zunehmende Instabilität verantwortlich:

- * eine hohe Dollarliquidität außerhalb der Vereinigten Staaten (Eurodollarmarkt, Petrodollar)
- * eine sprunghafte Zunahme des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits (Vietnam-Krieg, Geld- und Fiskalpolitik der USA).

Der Dollar war damit einem wachsenden Abwertungsdruck ausgesetzt. Im August 1971 mußte daher US-Präsident Nixon die Goldeinlösepflicht des Dollar aufheben. Die Vereinigten Staaten verfügten zu diesem Zeitpunkt nur mehr über rund 11 Mrd. Dollar an Goldreserven. Dem standen Auslandsverbindlichkeiten von ca. 47 Mrd. Dollar gegenüber. Mit der Suspendierung der Goldeinlösung war die Rolle des Goldes im internationalen Währungssystem in Frage gestellt. Der Grundgedanke von Bretton Woods, der Gold-Devisen-Standard, war damit nicht mehr aufrechtzuerhalten. Es entstand ein reiner Dollarstandard. Nur noch widerstrebend wurde Gold in der Folge für offizielle internationale Transaktionen verwendet, da der Preis auf den privaten Goldmärkten stark anstieg. Schließlich bedeutete die Entscheidung der EG-Länder, ihre Währungen gegenüber dem Dollar floaten zu lassen, de facto das Ende des Bretton-Woods-Systems. Damit war der Übergang zu flexiblen Wechselkursen zwischen einem währungspolitischen "Kerneuropa" und den USA endgültig vollzogen.

Die **Weltbank (IBRD)** wurde ebenfalls im Gefolge des Bretton Woods Abkommens im Dezember 1945 als Sonderorganisation der UNO, wie auch der IMF mit Sitz in Washington, gegründet.

Mitgliedsstaaten der Weltbank müssen zugleich Mitglieder des IMF sein. Hauptaufgabe der Weltbank war zuerst die Förderung des Wiederaufbaus Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Ab den sechziger Jahren übernahm die Weltbank mehr und mehr die Finanzierung von Projekten in den Entwicklungsländern. Die Weltbank gewährte nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen Kredite an Regierungen für längerfristige Projekte, wobei Investitionen in die Infrastruktur, den Agrar- und Energiesektor und in die Grundstoffindustrie lange Zeit Vorrang hatten. Heute obliegt ihr die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ihrer weniger entwickelten Mitgliedsstaaten und zwar nicht nur durch Finanzhilfen, sondern auch durch Beratung und technische Hilfe. Die langfristigen Kredite (15 - 30 Jahre Laufzeit) werden aus den Einzahlungen der Mitglieder, aus internationalen Kapitalmarktanleihen und den Reinerträgen finanziert.

4.1.2 Das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

Das GATT-Abkommen, ein multilaterales Handelsabkommen, wurde ursprünglich von 23 Staaten unterzeichnet und trat am 1.1.1948 in Kraft. Wichtige Grundsätze der Vereinbarungen:

- * Meistbegünstigung: Handelspolitische Gleichbehandlung aller mit dem Bestgestellten
- * Inländerbehandlung: Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Waren bei Abgaben und Rechtsvorschriften
- * Reziprozität: Handelserleichterungen brauchen nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gewährt und beibehalten zu werden.
- * Entwicklungspolitische Förderungsmaßnahmen: Abweichend von der Meistbegünstigungsklausel mussten den Entwicklungsländern Zollpräferenzen gewährt werden.

Das Ziel, der Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen (z.B. mengenmäßige Beschränkungen, Qualitätskriterien), wurde in einer Reihe von Verhandlungsrunden (sog. Zollrunden) weitgehend erreicht und damit die Liberalisierung des Welthandels schrittweise verwirklicht. Von der ersten GATT-Runde (1947) bis zum Abschluss der Tokio-Runde (1979) konnte der durchschnittliche Zollsatz der Industrieländer auf Industriegüterimporte von ungefähr 40% auf rund 6.3% gesenkt werden. Zweifelsohne trug das GATT zur weltwirtschaftlichen Prosperität und zur relativ konfliktfreien Entwicklung des Welthandels entscheidend bei. Importzölle auf industrielle Produkte wurden massiv abgebaut und die Prinzipien der Nicht-Diskriminierung wurden durchgesetzt. Allerdings gestaltete sich der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse schwierig. Überdies blieben wichtige Wirtschaftsbereiche vorerst von der Liberalisierung ausgespart, etwa die Landwirtschaft, der Hochtechnologiesektor und die Dienstleistungen. Nicht geregelt war auch der Schutz geistigen Eigentums. Weiters fehlten Sanktionsmechanismen im Falle von Regelverstößen großer Handelsmächte.

4.2 Der Marshall-Plan und die OEEC (OECD)

Im Juni 1947 kündigte US-Außenminister George Marshall anlässlich einer Rede an der Harvard-Universität Wirtschaftshilfe der USA zum Wiederaufbau Europas an. Das wichtigste Motiv war die Stabilisierung der westlichen Staaten, vor allem in Anbetracht der Expansion des kommunistischen Machtbereichs. Wirtschaftspolitisch sollte durch einen raschen Wiederaufbau die Einbindung Europas in eine liberale Weltwirtschaft ermöglicht werden. Damit wollte man auch Exportchancen für die amerikanische Wirtschaft sichern.

Im Rahmen der **ERP-Hilfe** erhielten 17 europäische Staaten Unterstützung in Form von Warenlieferungen (Nahrungsmittel, Dünger, Saatgut, Maschinen etc.) und Krediten zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen. Die Importeure zahlten den Gegenwert für die zum Großteil als Geschenk gelieferten Waren auf ein Sonderkonto bei den jeweiligen Nationalbanken ein (ERP-Konten = Counterpart Funds). Diese Geldmittel dienten wiederum zur Vergabe von langfristigen Krediten, die vor allem zum Wiederaufbau der Grundstoffindustrie und der Infrastruktur verwendet werden mussten. Der doppelte Effekt der Marshallplanhilfe bestand also in der Überwindung der Nahrungsmittel- und Investitionsgüterknappheit durch US-Lieferungen sowie in der Ankurbelung des

intraeuropäischen Handels durch die Bereitstellung von Dollarkrediten.

Zur organisatorischen Abwicklung des Hilfsprogrammes wurde die **OEEC (Organization for European Economic Cooperation)** in Paris gegründet. Diese bildete die erste institutionelle Verankerung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Europa und gab damit einen Impuls für die wirtschaftliche Integration Europas. Bei der Gründung 1948 wurde ein koordinierter Wiederaufbauplan für die Mitgliedsländer und ein Vorschlag für eine möglichst effektive Verteilung der Marshallplan-Mittel erstellt.

Zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs zwischen den Marshallplan-Ländern diente die 1950 gegründete Europäische Zahlungsunion (EZU). Durch sie gelang die Handelsausweitung und die Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs innerhalb Westeuropas.

1961 begann die Umwandlung in die Nachfolgeorganisation **OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development)**, der sich auch außereuropäische Länder anschlossen. Der geänderte Name signalisierte den neuen Schwerpunkt, nämlich die Hilfestellung für Entwicklungsländer. Jährlich erstellte Länderberichte dienen zur Analyse der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Mitgliedsstaaten. Der intensive Informations- und Meinungs austausch über aktuelle wirtschafts- und währungspolitische Probleme ermöglicht eine bessere Abstimmung nationaler wirtschaftspolitischer Maßnahmen. 1948 traten die 17 Teilnehmerländer der Marshallplanhilfe der OEEC bei. Heute umfaßt die OECD insgesamt 29 Industrieländer, darunter USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, Mexico und Korea.

4.3 Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = COMECON)

Nachdem die UdSSR die Marshallplanhilfe abgelehnt und den in ihrem Einflussbereich liegenden ost- und mitteleuropäischen Staaten ihre Annahme untersagt hatte, initiierte sie als Gegenstrategie die Bildung des COMECON = RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), der 1949 in Moskau gegründet wurde.

Mitglieder: Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, UdSSR, DDR (ab 1950), die Mongolei (ab 1962), Kuba (ab 1972), Vietnam (ab 1978)

Ziele:

- * Vernetzung der Volkswirtschaften des Ostblocks durch intensive Handelsbeziehungen
- * Rationalisierung und Optimierung der industriellen Produktion
- * Interregionale Arbeitsteilung, die durch eine gemeinsame Planung der Investitionspolitik der Mitglieder erreicht werden sollte und von der UdSSR dominiert wurde.

In der ersten Phase von 1949 bis 1962 nahm die Sowjetunion massiv Einfluss auf die Entwicklung der Mitgliedsländer, indem sie ihnen ihr Wirtschaftsmodell aufzwang und dem Aufbau der Schwerindustrie Priorität einräumte.

Die Formulierung der "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" im Jahr 1962 leitete eine neue Phase der Entwicklung ein. Es sollte eine gemeinsame überstaatliche Planung eingesetzt werden und eine internationale Spezialisierung der Produktion erfolgen. Vor allem die rückständigen Länder wie z.B. Rumänien wehrten sich gegen eine vorgegebene Schwerpunktsetzung und sahen sich in ihren Industrialisierungsbestrebungen behindert. Andere Länder wie Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn tendierten zu marktwirtschaftlichen Reformen der Wirtschaftsbeziehungen, die zum damaligen Zeitpunkt allerdings scheiterten. Auch die Einführung des Transferrubels als gemeinsame Verrechnungseinheit und die Gründung der "Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit" als erste Maßnahmen zur Multilateralisierung der Handelsbeziehungen brachte nicht den gewünschten Erfolg.

Der Außenhandel war ein Staatsmonopol, es fehlte die nötige Flexibilität. Staatliche Behörden bestimmten, welche Produkte zu welchen Preisen erzeugt, welche Produkte importiert und in welchem Ausmaß dafür Zahlungsmittel bereitgestellt werden konnten. Kompliziert gestaltete sich die

Preisbildung. Man einigte sich darauf, den gegenseitigen Handelstransaktionen prinzipiell Weltmarktpreise zugrunde zu legen, die jedoch über längere Zeiträume stabil gehalten werden mußten und damit nicht den Gegebenheiten des Marktes entsprachen. Dies führte z.B. dazu, dass die Sowjetunion über Jahre Rohstoffe an die Partnerländer lieferte und dafür minderwertige Fertigwaren zu weit überhöhten Preisen importierte. Durch die nicht notwendige Anpassung an Weltmarktbedingungen bestand kein Anreiz zu Rationalisierung und Innovation. Dies erklärt den fast vollkommenen Verlust jeglicher wirtschaftlicher Dynamik in den siebziger und achtziger Jahren.

4.4 Die Westeuropäische Integration: EGKS - EWG - EFTA

Anfänge der Europäischen Integration

Ideengeschichtlich reichen Vorstellungen über ein geeintes Europa zwar bis ins 17. Jahrhundert zurück, konkrete Gestalt gewannen sie jedoch erst im 20. Jahrhundert. Nach wenig erfolgreichen Initiativen in der Zwischenkriegszeit (Pan-Europabewegung von R. Coudenhove-Calergi, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, etc.) verstärkten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Bemühungen um eine europäische Zusammenarbeit auf ökonomischer wie auch politischer Ebene. Maßgebliche Beschleunigungsfaktoren waren das Streben nach einem raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau, der sich zuspitzende West-Ostkonflikt und das Interesse der USA an einem starken europäischen Verbündeten. Die Kooperation europäischer Länder im Rahmen der **OEEC** und die Gründung des **Europarates** (1948) bildeten erste - noch lose - Ansätze. Entscheidende Impulse für den europäischen Integrationsprozeß gingen vor allem von Frankreich aus.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) - Montanunion

Die Idee eines Kohle- und Stahlpools ging auf die alliierten Bemühungen die Produktion im Ruhr- und Saargebiet aufrecht zu erhalten und den Vorläufer, das **Internationale Stahlkartell**, das 1926 gegründet worden war, zurück. In einer sich zunehmend verschärfenden politischen Situation war es notwendig, im Falle der Aufrüstung die dafür nötigen deutschen Produktionsstätten unter eine Art von Kontrolle der westlichen Alliierten zu bringen, die auch für (West-)Deutschland akzeptabel war. Der von Jean Monnet ausgearbeitete Plan, der vom französischen Außenminister Robert Schumann Mitte 1950 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und nach dem der Plan benannt wurde, sah die Beitrittsmöglichkeit für jedes europäische Land vor: Von den europäischen Produzenten und Konsumenten schlossen sich lediglich sechs Länder, nämlich, **Frankreich**, die **Beneluxländer**, **Westdeutschland** und **Italien** an. Auch an Großbritannien, das zum damaligen Zeitpunkt, der größte Stahlproduzent Westeuropas war, erging die Einladung, beizutreten. Das Vereinigte Königreich lehnte einen Beitritt aus zwei Gründen ab: Zum einen wurde der britischen Regierung, die erst nach der deutschen Regierung unter Kanzler Adenauer von diesem Plan informiert worden war, nur relativ kurze Bedenkzeit zugestanden. Zum zweiten erschien den Briten der französische Vorschlag einer supranationalen Organisation (Entzug direkter Einflußnahme der einzelnen Regierungen) der Stahlindustrie im Rahmen der **EGKS** mit den eigenen Plänen nicht vereinbar. Sie befürchteten Nachteile für die eigene, nur kurz zuvor verstaatlichte Stahlindustrie. Die Verhandlungen begannen Mitte 1950 und wurden bereits im April des folgenden Jahres mit dem Vertrag über die Errichtung der EGKS abgeschlossen, der nach der Ratifikation durch die Parlamente der einzelnen Mitgliedsländer im Juli 1952 in Kraft trat. Angesichts der sich zunehmend verschlechternden Situation im West-Ostkonflikt kamen von den USA, die zu dieser Zeit im Koreakrieg engagiert war, keinerlei Einwendungen bezüglich der Einbindung der deutschen Wirtschaft zur Stärkung der Verteidigungsmöglichkeiten des Westens. Die supranationale Verwaltung der Kohleressourcen und Steuerung der Stahlproduktion - die Mitglieder der Hohen Behörde, der höchsten Institution der EGKS, waren unabhängig von den Weisungen der jeweiligen Regierungen, Entscheidungsfindungen kamen per Majoritätsbeschluß zusammen - war insofern von Bedeutung, als sie bereits auf bestimmten Prinzipien aufgebaut war, die später in die Rahmenbedingungen der Europäischen Gemeinschaften integriert wurden.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EAG / Euratom)

Im weiteren Integrationsprozeß auf wirtschaftlicher Ebene bildete die Gründung der **EWG** und der **Euratom** im Jahre 1958 einen vorläufigen Höhepunkt. Nach dem Scheitern von Plänen über eine Vertiefung der Kooperation in den Bereichen von Sicherheits- und Außenpolitik (Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und Europäischen Politischen Gemeinschaft) schienen Pläne bezüglich einer weiteren Integration auf wirtschaftlichem Gebiet vielversprechender. Der vom belgischen Premier Henri Spaak ventilierter Plan über die Schaffung einer wirtschaftlichen Union fand die Unterstützung von Jean Monnet, dem Vorsitzenden der Hohen Behörde der EGKS, über die die Einladung zu einer Konferenz über diesen Plan auf Ministerebene erfolgte. (Großbritannien war auch eingeladen worden - entsandte aber lediglich Beamte und zeigte somit kein besonderes Engagement an den Bemühungen der Sechs.) Die Konferenz, die im **Juni 1955** in **Messina** stattfand, beschloß ein Komitee unter dem Vorsitz von Henri Spaak einzurichten, das mit der Ausarbeitung für die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit betraut war. Innerhalb von zwanzig Monaten waren die beiden Verträge über die Zusammenarbeit in der Wirtschaft und die gemeinsame friedliche Nutzung der Atomenergie soweit gediehen, daß sie in **Rom am 25. März 1957 (Römische Verträge)** von den sechs Mitgliedstaaten unterzeichnet werden konnten. Die sogenannten Römischen Verträge über die Gründung der **EWG** und der **EURATOM** traten nach der Ratifizierung durch die einzelnen nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten am **1. Jänner 1958** in Kraft.

Mit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge bestanden nunmehr die sogenannten **Europäischen Gemeinschaften** EGKS, EURATOM und EWG, wovon die EWG die größte Dynamik entfaltete. Im Gegensatz zu den beiden anderen Gemeinschaften, die die Kooperation auf dem Gebiet der Schwer- und Atomindustrie (friedliche Nutzung) betraf, umfaßte die Wirtschaftsgemeinschaft viele Sektoren. Die mit ihr gleichzeitig geschaffene **Zollunion** liberalisierte einen Großteil des Handels innerhalb der sechs Mitgliedstaaten (sukzessiver Zollabbau innerhalb bestimmter Fristen) und baute damit sukzessive eine Zollbarriere gegen Drittländer auf. Die im römischen Vertragswerk **definierten Ziele** waren: immer engerer Zusammenschluß der europäischen Völker; Ausrichtung auf den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen; Einigung und harmonische Entwicklung der Volkswirtschaften sowie Wahrung und Festigung des Friedens durch den Zusammenschluß der Wirtschaftskräfte. Die ebenso im Vertrag festgelegten **Aufgaben der EWG** waren die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes innerhalb von zwölf Jahren und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Gleichzeitig mit der Errichtung der Zollunion wurden einleitende Maßnahmen zur Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gesetzt. Das **Europäische Parlament**, der **Rat**, die **Europäische Kommission**, der **Europäische Gerichtshof**, der **Wirtschafts- und Sozialausschuß** wurden als die wichtigen Organe errichtet. Mit der Unterzeichnung des **Fusionsvertrags** im Jahre **1965** (in Kraft getreten am 1. Juli 1967) wurden die identischen Organe von EGKS, EWG und EURATOM verschmolzen. Für die neugeschaffenen **"Europäischen Gemeinschaften (EG)"** wurde ein gemeinsamer **Rat** und eine gemeinsame **Kommission** eingesetzt.

EFTA (European Free Trade Association)

Eine Folge der Gründung von EWG und Euratom war die Teilung der westeuropäischen Länder in die sogenannten Sechs und die sogenannten sieben Nicht-Sechs-Staaten. Großbritannien hatte schon 1957 die Idee einer Freihandelszone innerhalb der OEEC-Staaten ventiliert. Im Gegensatz zu einer Zollunion wird in einer Freihandelszone ein Zollabbau zwischen den Mitgliedern gefördert, die Zollpolitik gegenüber Drittländern jedoch weiterhin der souveränen Entscheidung der einzelnen Staaten überlassen. Hinsichtlich der Handelsbeziehungen zur gerade entstehenden EWG kamen aus Großbritannien Vorschläge, eine Zollunion zu gründen, von der allerdings aufgrund des Präferenzzollsystems mit den Commonwealth-Ländern der Agrarmarkt ausgeschlossen bleiben sollte. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der EWG - speziell infolge der Ablehnung durch Frankreichs Präsidenten Charles de Gaulle (innerhalb der EWG-Staaten, keine einheitliche Ablehnung des britischen Vorschlags) suchte Großbritannien nach eigenen Möglichkeiten. Die Verhandlungen über die Freihandelszone, die sich durch **föderale Elemente** auszeichnete, wurden

schon nach wenigen Monaten abgeschlossen und das Abkommen trat am **1. Juli 1960** (**Stockholmer Konvention**) in Kraft. Im Gegensatz zur EWG blieb die uneingeschränkte handelspolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten erhalten, da keine weiteren Integrationschritte, wie sie sich im Gründungsvertrag der EWG fanden, vorgesehen waren. Es war keine umfassende Umsetzung der vier Freiheiten (voll integrierter Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmarkt), sondern nur der Zollabbau von Industriewaren zwischen den Mitgliedstaaten geplant. Landwirtschaft und Fischerei blieben von den Freihandelsbestimmungen ausgeklammert.

Vom politischen Standpunkt betrachtet repräsentierte der **EFTA-Raum** ein buntes Gemisch: Österreich, die Schweiz und Schweden waren neutral, Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Portugal waren Mitglieder der NATO und obendrein war Portugal zum damaligen Zeitpunkt eine der am längsten existierenden Diktaturen in Europa. Im weiteren Verlauf traten noch Finnland (assoziiertes Mitglied 1961, volle Mitgliedschaft 1986), Island (1970), Liechtenstein (1991) bei. Für die kleineren Mitgliedstaaten bedeutete die Gründung der EFTA hinsichtlich der industriellen Produktion einen Stimulus für den Außenhandel und die internationale Arbeitsteilung. Die EFTA existierte in ihrer Originalform bis 1973, dem Zeitpunkt als Großbritannien und Dänemark der EG beitraten. Die Schwächung der EFTA hatte aber bereits in den Sechzigerjahren durch die zweimaligen Beitrittsanträge von Großbritannien und Dänemark eingesetzt. In den Jahren 1972/73 wurde zwischen den EG-Staaten und den EFTA-Staaten Freihandelsabkommen unterzeichnet, da die meisten Länder des EFTA-Raums bis dahin bereits Assoziierungsabkommen mit der EG abgeschlossen hatten und der Großteil ihrer Exporte in die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ging. Heute gehören der EFTA nur noch vier Staaten an: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

5 STAAT UND WIRTSCHAFT

Die Entwicklung nach 1945 wurde in den kapitalistisch orientierten Ökonomien stark von der **wirtschaftspolitischen Neuorientierung** beeinflusst, die in der Weltwirtschaftskrise eingesetzt und sich in den Kriegsjahren beschleunigt hatte. Die Regulierung der Wirtschaft durch den Staat wurde - im Gegensatz zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg - in einem hohem Ausmaß beibehalten. Die Entwicklung der nationalen Wirtschaften während der Kriegsjahre hatte verdeutlicht, dass eine Lenkung der Ökonomie durch den Staat prinzipiell machbar und effizienzsteigernd sein konnte. Aufgrund der Erfahrungen in der krisengeschüttelten Zwischenkriegszeit bestand nun ein weitgehender Konsens darüber, dass der **Staat aktive Wachstumspolitik** betreiben sollte und dass man allzu große soziale Unterschiede sowie Massenarbeitslosigkeit in Zukunft vermeiden müsse. Konjunkturpolitische und in einem gewissen Ausmaß umverteilende Aktivitäten des Staates schienen daher akzeptabel.

In den kapitalistisch geprägten Ökonomien setzten sich verschiedene Spielarten eines regulierten Kapitalismus durch. Sie alle stellten Modelle einer **"gemischten" Wirtschaftsordnung** dar, während die UdSSR das planwirtschaftliche System beibehielt und auf die osteuropäischen Länder übertrug. Auch China, das bevölkerungsreichste Land der Welt, begann die Transformation zu planwirtschaftlichen Strukturen in Angriff zu nehmen.

5.1 Ausprägungen des Regulierten Kapitalismus

Zum allgemeinen Trend der Wirtschaftspolitik wurde eine Interaktion zwischen Marktwirtschaft und staatlicher Intervention, die in den einzelnen nationalen Ökonomien in unterschiedlicher Intensität erfolgt. Das inkludierte verschiedene Eigentumsformen wie privates oder öffentliches Eigentum an Unternehmen, diverse Formen zentralisierter Konfliktregulierung und sozialer Umverteilung und wurde in verschiedenen Ausprägungen realisiert.

Varianten der wirtschaftspolitischen Praxis in der westlichen Welt:

"Soziale Marktwirtschaft": Das Erfolgsrezept der Bundesrepublik Deutschland

Die Soziale Marktwirtschaft geht auf das von der "Freiburger Schule" (Walter Eucken, Alfred Müller-Armack) schon in der Zwischenkriegszeit entworfene Konzept des Ordoliberalismus zurück. Dieses wurde ab 1948 in der BRD mit sehr großem Erfolg verwirklicht (Deutsches "Wirtschaftswunder"). Die Ordoliberalen lehnten eine reine "Laissez-faire"-Ökonomie ab. Sie sahen eine bewusst gestaltete marktwirtschaftliche Rahmenordnung vor, in der dem Staat sowohl wirtschafts- als auch sozialpolitische Aufgaben zukommen:

* staatliche Gewährleistung einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung, z.B. Sicherung des freien Wettbewerbs und Verhinderung von Monopolen durch Kartellgesetzgebung.

* Verfolgung sozialpolitischer Ziele, u.a. Korrektur der Einkommensverteilung durch progressive Besteuerung, diverse Fürsorgeleistungen, Transferzahlungen.

Sozialpartnerschaft: Das Erfolgsmodell kleinerer europäischer Länder

Diese Variante der wirtschaftspolitischen Mitbestimmung entwickelte sich u.a. in den Niederlanden, Belgien und Österreich. Hier kam vor allem der sozialpartnerschaftlichen Absprache eine bedeutende Rolle zu. Arbeitgebervertreter (in Österreich: Bundeswirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer) und Vertreter der Arbeitnehmer (in Österreich: Gewerkschaft und Arbeiterkammer) wurden in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess miteinbezogen. Dies sicherte den sozialen Konsens und sorgte für weitgehend konfliktfreie Lösungen der anstehenden Probleme. In Österreich wurde die Zusammenarbeit durch umfassende Verstaatlichung, insbesondere der Großbanken, erleichtert. Die Sozialpartnerschaft leistete einen wesentlichen Beitrag zu einem stabilen politischen Klima (u.a. Minimalzahl von Streiktagen).

"Planification": Das französische Modell

Diese ab 1946, vor allem aber in den 50er und 60er Jahren praktizierte Variante der mixed economy trug wesentlich zum Ausbau der technologischen Modernisierung der französischen Volkswirtschaft bei. Staatliche Institutionen erstellten Pläne zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung mit mehrjährigen Vorgaben, die der Privatwirtschaft Orientierung boten und Empfehlungen enthielten (sogenannte indikative Planung). Die Einhaltung dieser Vorgaben wurde z.B. durch zinsgünstige Darlehen, Subventionen und Steuererleichterungen gefördert. Für den öffentlichen Sektor wurden hingegen verbindliche Vorgaben erstellt (imperative Planung), die der Privatwirtschaft weitere Orientierung und Anreize boten, u.a. durch die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Staatsinterventionismus in den USA

Die Weichenstellungen, die im New Deal vorgenommen und in der Kriegswirtschaft perfektioniert worden waren, bestimmten auch in den USA in der Zeit nach 1945 die Wirtschaftspolitik. Unter den Administrationen Truman, Eisenhower, Kennedy und Johnson baute der Staat seine Rolle als wirtschaftlicher Akteur weiter aus. Mit steigenden Staatsausgaben finanzierte man Infrastruktur- und Wohnungsbau; die Konjunktur wurde durch keynesianische Wirtschaftspolitik angekurbelt, wobei die Militärausgaben einen wichtigen Nachfragefaktor darstellten. Besonders die Regierungen Kennedy und Johnson ("Great Society"-Plan: "Wohlstand und Freiheit für alle") weiteten in den sechziger Jahren die Sozialleistungen aus.

Der Aufstieg Japans

Durch den Ausbruch des Korea-Kriegs 1950 veränderte sich die Situation Japans grundlegend: es wurde von einem von den USA besiegten und besetzten Land zu einem Partner der Vereinigten Staaten im Rahmen des Kalten Krieges. Im Zuge des 1952 geschlossenen Friedensvertrages wurde die Kontrolle der japanischen Wirtschaft durch die USA verringert und die vorher aufgelösten Zaibatsus (Großkonzerne) wieder zugelassen. In der Folge verzeichnete Japan bis 1973 die höchsten Wachstumsraten der Welt. Getragen wurde das japanische Wirtschaftswunder von der engen Verbindung der Ökonomie mit der Regierung, die die wirtschaftliche Expansion durch informelle Planung, Exportprämien, Importkontrollen und Qualitätsstandards mitgestaltete. Es bestand eine intensive Kooperation zwischen Politik, Banken und Großunternehmen, die ihrerseits wieder traditionelle Verbindungen zu kleineren Firmen pflegten.

In vielen entwickelten Industriestaaten bildete sich das System des **Wohlfahrtsstaates** heraus: Bei seiner Entstehung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielten die Erfahrungen der Verelendung großer Teile der Bevölkerung in der Weltwirtschaftskrise und den Kriegsjahren eine wesentliche Rolle.

Frühe Ansätze dieses Systems hatten in Schweden und anderen skandinavischen Ländern schon in der Zwischenkriegszeit existiert. Während des Krieges wurde in Großbritannien der nach einem britischen Sozialpolitiker benannte "Beveridge-Plan" entwickelt, der ab 1946 in die Praxis umgesetzt wurde und als Ausgangspunkt des modernen Wohlfahrtsstaates gilt.

Auf der Basis von Gemeinschaft und Solidarität federt der Interventionsstaat grundlegende Existenzprobleme und -risiken der Staatsbürger ab. Er sucht durch regulierende und gestaltende Eingriffe in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben soziale Sicherheit und eine "gerechte" Verteilung der Lebenschancen zu erreichen. Beträchtliche Teile des Sozialprodukts und der Staatsfinanzen werden sozialpolitischen Zwecken zugeführt. Während einerseits die Staatsbürger die Verpflichtung haben, zumindest in Form von Abgaben und Steuern zum Funktionieren dieses Systems beizutragen, bestehen andererseits soziale Sicherungssysteme (häufig mit Zwangsmitgliedschaft), die für einen großen Teil der Bevölkerung Rechtsansprüche auf Sozialleistungen gewährleisten.

Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates erfolgte in den Jahren der Hochkonjunktur: in dieser Phase konnte der Staatsanteil am Volkseinkommen ohne größere Widerstände ausgeweitet werden, weil alle Gruppen im gesellschaftlichen Verteilungskampf mehr bekamen. Ab den siebziger Jahren, als die Wachstumsraten der Wirtschaft deutlich geringer wurden, stieß dieses Konzept auf zunehmende Kritik.

5.2 Zentrale Planwirtschaft: Das Wirtschaftssystem des "Realen Sozialismus"

In jeder fortgeschrittenen Industriegesellschaft gibt es also, wie wir gesehen haben, ein gewisses Maß an Planung. In den Planwirtschaften der kommunistischen Staaten erfolgte diese verbindlich und durch die komplexe zentrale Planungsbürokratie, während in den marktwirtschaftlichen Ökonomien die Planung nur richtungsweisend (indikativ) und dezentral vorgenommen wird.

Grundstrukturen der Planwirtschaft:

- * Primat der Politik über die Ökonomie: die kommunistische Parteispitze traf auch die wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Die in der Wirtschaft tätigen Führungskräfte rekrutierten sich daher aus den politischen Kadern.
- * Staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln (mit wenigen Ausnahmen), kein freier Handel.

* Imperative (verpflichtende), zentralgelenkte Planung: erfolgte durch die nach politischen Kriterien besetzte Bürokratie, die Fünfjahres-Pläne zur längerfristigen Orientierung und darauf aufbauend verbindliche Einjahrespläne betreffend Wirtschaftswachstum, Investitionen und Konsumnachfrage verfasste. Die komplizierte Akkordierung zwischen dem verzweigten Planungsapparat und den produzierenden Betrieben stellte ein ernstes logistisches Problem dar.

* Die mangelnde Orientierung am Verbraucher (die Nachfrage wurde nicht beachtet) führte zu veralteten Strukturen: es gab wenig Anreiz zu Innovationen und technischen Veränderungen.

* Der Konsumgütersektor wurde vernachlässigt. Die Planvorgaben legten den Schwerpunkt auf die Schwerindustrie und den militärischen Bereich. Versorgungsprobleme der Bevölkerung mit den wichtigsten Konsumgütern waren die Folge.

6 GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN

Da es unmöglich ist, gesellschaftliche Veränderungen global zu behandeln, beschränkt sich die folgende Darstellung auf die westlichen Industriegesellschaften.

6.1 Die demographische Entwicklung

Die Zwischenkriegszeit war gekennzeichnet durch einen Rückgang des Bevölkerungswachstums. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren kam es in den Industriestaaten zum sogenannten "Baby-Boom", einer kurzen deutlichen Steigerung der Geburtenzahlen. Allerdings gab es keine Rückkehr zu den kinderreichen Familien früherer Epochen, sondern die "2 Kinder-Familie" wurde das Ideal. Ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre setzte der deutliche Rückgang der Geburtenraten ein, der bis heute anhält. Die Bevölkerungspyramide veränderte sich dadurch nachhaltig, was zu einer Überalterung der westlichen Gesellschaften führte.

6.2 Wanderungsbewegungen

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte es eine starke Auswanderung von Europa nach Übersee, vor allem in die USA, gegeben, wobei wirtschaftliche Gründe im Vordergrund standen. In der Zwischenkriegszeit überwogen politische Motive für Auswanderung; diese wurde durch die strikten Immigrationsbeschränkungen der Einwanderungsländer stark eingedämmt. Nach dem 2. Weltkrieg war wieder ein Anstieg der Auswanderungszahlen nach Übersee zu verzeichnen. Gleichzeitig kam es aber durch die Dekolonisation zu einer Rückwanderung nach Europa aus den ehemaligen Kolonien.

Langfristig wirksam wurden nach 1945 die innereuropäischen Wanderungsbewegungen: Waren diese anfangs kriegsbedingt (Flüchtlingsströme und Vertreibungen), so setzten ab den späten fünfziger Jahren Wanderungsbewegungen ein, denen hauptsächlich ökonomische Motive zugrunde lagen. Bedingt durch den steigenden Wohlstand und die gute Arbeitsmarktlage in den west- und mitteleuropäischen Industriestaaten kam es zur - ursprünglich kurzfristig angelegten - Zuwanderung von "Gastarbeitern" vor allem aus Süd- und Südosteuropa und der Türkei. Ab den sechziger Jahren war ein starker Anstieg der Migration zu bemerken und zwar zunehmend mit der Absicht, auf Dauer zu bleiben. Mit Einsetzen der Krise 1974/75 versuchte man allerdings, durch einen Zuwanderungsstopp, bzw. die Förderung der Rückkehr der "Gastarbeiter" in ihre Heimatländer das Problem der steigenden Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten zu entschärfen.

6.3 Veränderung der Berufsstruktur

Überall in Europa setzte sich der im späten 19. Jahrhundert begonnene Trend des Wachstums der

"Mittelschicht" fort, wobei die "alte Mittelschicht" (Bauern, Handwerker, Händler) abnahm, während die "neue Mittelschicht" (Angestellte, Beamte) zahlenmäßig stark zunahm. Dementsprechend verringerte sich die Anzahl der Selbständigen, aber auch der Arbeiter. In Südeuropa setzte dieser Veränderungsprozess mit Verzögerung ein. Dort gab es lange eine große Unterschicht von Kleinbauern und Gelegenheitsarbeitern.

Das kommunistische Osteuropa rühmte sich offiziell einer homogenen, kaum geschichteten Gesellschaft. In der Realität gab es aber auch hier mit der "Nomenklatura" eine Gruppierung mit zahlreichen Privilegien.

Die soziale Mobilität erhöhte sich während des 20. Jahrhunderts deutlich. Die außergewöhnlich gute wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Bildungssysteme, vor allem nach 1945, sind hier wohl als Hauptursachen anzusehen. Weiters trug die Ausbreitung der städtischen Lebensweise dazu bei. Diese gewann - nach einer Stagnationsphase in der Zwischenkriegszeit - nach 1945 wieder an Dynamik, und zwar speziell in den bis dahin eher rückständigen Regionen.

6.4 Die Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft

Die erste Welle der Frauenbewegung, die im 19. Jahrhundert begonnen hatte, erzielte mit der Erreichung des Wahlrechts für Frauen nach Ende des Ersten Weltkrieges in vielen Ländern einen großen Erfolg. In der Zwischenkriegszeit kam es allerdings zu einem Rückzug der Frau in Familie und Heim, besonders im nationalsozialistischen Deutschland. Nach 1945 kehrten die Frauen nur allmählich ins öffentliche Leben und auf den Arbeitsmarkt zurück.

Die zweite Welle der Frauenbewegung setzte, wieder ausgehend von den USA, in den sechziger Jahren ein. Sie war begleitet von der Veränderung des generativen Verhaltens (weniger Kinder), in der zunehmenden Instabilität der traditionellen Ehe und einem verbesserten Zugang zu Bildung und Ausbildung. Weiters bot die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften Frauen mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt, allerdings unter weitgehender Beibehaltung einer Lohndifferenz. Im Ostblock gab es formalrechtlich eine gleichberechtigte Stellung der Frau, deren Berufstätigkeit forciert wurde.

6.5 Soziale Konflikte

Nach 1945 gab es vorerst wenig Konfliktpotential, solange wirtschaftliche Zuwächse zu verteilen waren. Allerdings hatte die Jugendrevolte von 1968 starke systemkritische Ansätze gegen die bürgerliche Gesellschaft und den Kapitalismus.

Das allmählich erwachende Bewußtsein hinsichtlich der negativen Auswirkungen der Industrie- und Konsumgesellschaft auf die Umwelt führte ab den 60er Jahren zu einer kritischeren Einstellung gegenüber Technologie und Fortschritt. 1972 wurde dieses Problem in einem Bericht des "Club of Rome" über die "Grenzen des Wachstums" erstmalig umfassend thematisiert. In den folgenden Jahren formierten sich in einigen Ländern Umweltbewegungen, die schließlich zur Gründung "grüner" Parteien führten.